

Wehrpflichtgesetz -> *Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht*

Weimarer Republik: Zeitabschnitt in der deutschen Geschichte, der als Ergebnis der —> *Novemberrevolution* 1918 mit der Wahl der verfassungsgebenden Nationalversammlung am 19. 1. 1919 begann und mit der faschistischen Machtergreifung am 30. 1. 1933 endete. Ihren Namen erhielt die Republik nach dem ersten Tagungsort der Nationalversammlung. Wenn es auch in Art. 1 der Verfassung hieß: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus“, so war die W. R. in Wirklichkeit ein bürgerlich-parlamentarischer Staat (—► *bürgerlicher Staat*), in dem dieselben Klassenkräfte die Macht ausübten wie im Kaiserreich. Dennoch stellte die W. R. einen besseren Kampfboden für die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen dar als das halbabsolutistische Kaiserreich. Die Bildung der W. R. und die Politik ihrer herrschenden Klasse waren diktiert von dem im Ergebnis der Novemberrevolution 1918 entstandenen innenpolitischen Kräfteverhältnis und dem nach der —> *Großen Sozialistischen Oktoberrevolution* 1917 und der Niederlage des deutschen Imperialismus im ersten Weltkrieg entstandenen internationalen Kräfteverhältnis. Die Innenpolitik in der W. R. war gekennzeichnet durch den Kampf der herrschenden Klasse gegen die revolutionären Kräfte, insbesondere gegen die ständig an Einfluß gewinnende KPD; durch steigende Ausbeutung und Unterdrückung der werktätigen Bevölkerung; durch Antikommunismus und Revanchismus, durch offene und geheime Aufrüstung, den Ausbau der Reichswehr, den Abbau der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie; dies alles mündete in die Vorbereitung der faschistischen Diktatur. Besonders die Niederlage der Arbeiterklasse im Herbst 1923 ermöglichte es der herrschenden Klasse, zur verschärften Ausbeutung der Werktäti-

gen überzugehen. Durch Raub des Achtstundentages, Einschränkung des Tarif- und Streikrechts, Abbau der Sozialleistungen (Arbeitslosenfürsorge) und Erhöhung der Verbrauchersteuern konnte die Monopolbourgeoisie ihre ökonomischen Positionen festigen. Durch Auslandskredite, vor allem aus den USA, Kapitalkonzentration und kapitalistische Rationalisierung konnte das deutsche Monopolkapital bis 1928 die Produktion gegenüber 1913 auf das Eineinhalbfache erhöhen. Der deutsche —*Imperialismus* wurde die stärkste Wirtschaftsmacht Europas, was gegen Ende der 20er Jahre des 20. Jh. zur Verschärfung der Widersprüche zwischen den imperialistischen Mächten beitrug. Außenpolitisch betrieb die herrschende Klasse die Revision der Ergebnisse des ersten Weltkrieges und die Vorbereitung für einen erneuten Weltkrieg um die „Neaufteilung der Welt“. Zur Durchsetzung dieser reaktionären Innen- und Außenpolitik bediente sie sich auch rechter Führer der SPD, vor allem in solchen Situationen, in denen die Machtpositionen des Monopolkapitals in Gefahr gerieten. Gegen Ende der W. R., 1927/28, begannen maßgebliche Teile der Monopolbourgeoisie, sich auf eine Politik des Übergangs zu diktatorischen Herrschaftsmethoden zu orientieren. Die im Herbst 1929 einsetzende Weltwirtschaftskrise, der zunehmende Masseneinfluß der KPD, die den Volksmassen mit ihrem Programm (—► *Programmerkklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes*) einen Ausweg aus der Krise des Kapitalismus zeigte und um den Zusammenschluß der Werktätigen gegen die Macht der Monopole (—\**- Antifaschistische Aktion* von 1932) rang, und der abzusehende Rückgang des Einflusses der Rechtssozialdemokraten auf die Arbeiter und die anderen Werktätigen bestärkten die Mehrheit des deutschen Finanzkapitals, die Zusammenarbeit mit dem rechtssozial-